

Eine unbürokratische Grundsicherung: Libertär und sozial

Beim grünen Zukunftskongress im September wurde das Thema Grundeinkommen heiß diskutiert. Kein anderer Workshop hatte so viel Zulauf. Die grüne Basis will bei dieser in der Gesellschaft breit diskutierten Frage nicht nur zuschauen, sondern mitreden. Im Moment reden aber vor allem andere: Götz Werner, Anthroposoph und Chef einer großen Drogeriemarktkette, der neoliberale Ökonom Thomas Straubhaar, Teile der Linkspartei und nicht zuletzt der CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus. Das ist bitter, weil das Grundeinkommen eine urgrüne Idee ist, die allerdings programmatisch nie richtig ausgefüllt wurde.

Das Zuschauen wäre zu verschmerzen, wenn es wirklich nur eine verrückte Idee wäre. Doch die Grundsicherungsdebatte ist keine sozialpolitische Eintagsfliege. Der grüne Bundesvorstand will mit einem Antrag an diesem Wochenende eine einjährige intensive Debatte organisieren. Diese ist notwendig, um eine gründliche Bestandsaufnahme, auch der Wirkungen der Hartz-Gesetze, zu machen. Grundsätzlich positiv sind die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die kaum realisierte Idee eines qualifizierten Fallmanagements. Das Ausschneffeln der Privatsphäre, die Entmutigung und Bevormundung, jährliche Kosten von 3,5 Mrd. allein für die Verwaltung des Transferanspruchs sowie die Zunahme von Armut waren dagegen von Bündnis 90 / Die Grünen nie gewollt.

Die grüne Bundestagsfraktion hat darauf mit sinnvollen Forderungen reagiert: Höhere Leistungen, individuelle Ansprüche statt Haushaltsbezug, bessere Zuverdienstmöglichkeiten, mehr Schonvermögen sowie ein Minimum an Repression. Bei der Umsetzung dieser Forderungen würde die Zahl der Anspruchsberechtigten massiv steigen. Viele Haushalte mit Arbeitslosengeld II wären besser gestellt als Normalverdiener ohne Hartz IV. Damit würde sich eine neue Gerechtigkeitslücke auftun, die ohne einen Systemwechsel nicht zu schließen ist. Hartz IV ist zur sozialpolitischen Sackgasse geworden. Deswegen wird mittlerweile auch in kommunalen Spitzenverbänden offen über das Grundeinkommen diskutiert.

Wir haben die grüne Diskussion im Frühjahr mit einem ausgearbeiteten Entwurf belebt (www.grundsicherung.org). Die Eckpunkte: Steuerfinanzierung von Rente, Gesundheit und Pflege sowie ein Grundeinkommen von 500 Euro für Erwachsene und 400 für Kinder. Hinzu kommen bedarfsgeprüfte Zuschläge, wie z.B. Wohngeld und Zuschläge für Menschen mit Behinderungen. Gegenüber heute wäre eine solche Prüfung stark vereinfacht und nur bei einem Bruchteil der Fälle erforderlich.

Auf dem Papier werden bei dem Modell riesige Summen bewegt. Das liegt auch daran, dass ein großer Teil der heutigen Sozialversicherungsabgaben in eine stark vereinfachte Einkommensteuer verlagert werden. In der Summe entsteht ein integriertes Steuer- und Transfersystem, in dem die breite Masse der Bevölkerung ein deutlich höheres Nettoeinkommen hat als heute. Dafür werden höhere Einkommen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats herangezogen. Das Konzept ist damit voll gegenfinanziert. Denn zusätzlich werden zahlreiche Transferleistungen und Vergünstigungen überflüssig, etwa das Bafög, das ALG II, das Kindergeld, das Ehegattensplitting und ein Großteil der Sozialabgaben.

Wie die meisten anderen Protagonisten eines Grundeinkommens glauben auch wir nicht an ein „Ende der Erwerbsgesellschaft“. Wir sehen aber, dass prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse stetig zunehmen. Deswegen plädieren wir für eine umfassende Grundsicherung, die brüchige Erwerbsbiografien stützt, Existenzgründungen erleichtert und der sozialen Spaltung in Arm und Reich entgegengewirkt. Zudem müssen Lebensrisiken wie Alter, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit nachhaltig abgesichert werden. Dies fördert das Vertrauen in den sozialen Rechtsstaat und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Eine solche Grundsicherung ist kein Patentrezept, wohl aber eine bessere Grundlage für eine zeitgemäße Sozialpolitik. Richtig konzipiert geht diese nicht zu Lasten öffentlicher Güter wie Bildung, Kinderbetreuung oder sozialer Dienstleistungen, sondern eröffnet neue Gestaltungsmöglichkeiten. Mit vernünftigen Weichenstellungen kommt dabei nicht nur ein Mehr an Freiheit, sondern auch ein sozialer und ökonomischer Mehrwert heraus. Selbstbewusste „leistungsgeminderte“ Bürger/innen werden sich nicht als „überflüssig“ abstempeln lassen, sondern attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten einfordern.

Bleibt aber als Gretchenfrage: Wollen wir so etwas überhaupt? Wer bei jedem Grundrecht zuerst den Missbrauch wittert, wird dies rundweg verneinen. Wir haben ein anderes Menschenbild. Ermutigende und positive Anreize, sinnvolle und auf die Persönlichkeitsentwicklung ausgerichtete Instrumente wirken besser als jede Repression. Das ist in der Sozialpolitik nicht anders als in der Bildungspolitik.

Beim Stichwort Grundeinkommen schäumen allerdings nicht nur Erzkonservative, sondern auch „bürokratische Linke“. Der WASG-Vorstand Michael Schlecht hat das Thema in der Linksfraktion unter anderem mit dem Stichwort „Faultierprämie“ abgeblockt. Bündnis 90 / Die Grünen können da entspannter sein. Ihre Programmatik und ihre Wähler/innen sind sowohl libertär, als auch sozial eingestellt. Mit dieser Wertebasis sehen wir die ergebnisoffene Skepsis vieler Grüner als Wettbewerbsvorteil. Sie hilft, die richtigen Fragen zu stellen und aus guten Ideen noch bessere Konzepte zu machen, die das Prädikat „Ermutigender Sozialstaat“ verdienen.

Manuel Emmmer, arbeitet als Freier Mitarbeiter bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Diplom Politikwissenschaftler, Studium der Volkswirtschaftslehre. Geboren am 30.03.1977 in Karlsruhe.

Thomas Poreski, lebt in Baden-Württemberg und arbeitet als Referent für besondere soziale Lebenslagen beim Diakonischen Werk der EKD. Dipl. Pädagoge und Dipl. Sozialbearbeiter (FH). Geboren am 21.10.1963 in Tübingen.

Das Grundsicherungsmodell ist abrufbar unter: www.grundsicherung.org